

Westfalenblatt vom 12.08.2015, S. 3

# »Turnhallen sind Provisorien«

Bezirksregierung sieht Sportstätten als Notlösung für Flüchtlinge – sieben Fälle in OWL

**Bielefeld** (WB/bex). Aus Platzmangel müssen viele Flüchtlinge kurzfristig in Sporthallen untergebracht werden. Die Situation in OWL ist jedoch relativ entspannt. Zum heutigen Schuljahresbeginn leben in sieben Hallen Asylbewerber. Bald werden nur noch vier Sportstätten belegt sein.

Denn Turnhallen sollten, ebenso wie Zelte, nur in Notlagen als Unterkunft genutzt werden. »Es sind nur Provisorien, die sich eigentlich nicht für längere Zeit als Obdach eignen«, sagt Andreas Moseke, Sprecher der Bezirksregierung Detmold. So werden zwei Sporthallen des Carl-Severing-Berufskollegs in **Bielefeld** nur noch bis zum 21. August als Notunterkünfte für Flüchtlinge benötigt. Vom 24. August an stünden sie wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung, teilte die Stadt gestern mit. Seit dem 24. Juli boten sie jeweils bis zu 200 Flüchtlingen Platz. Der Sportunterricht am Berufskolleg müsse während der ersten Tage des Schuljahres ausfallen, Sportvereine sollen den Trainingsauftritt verschieben.

In **Paderborn** ist die Sporthalle am Westfalenkolleg mit knapp 150 Flüchtlingen, vorwiegend aus den

Balkanländern, belegt. Sie wird aber noch in dieser Woche geräumt. Bereits morgen verlassen die Flüchtlinge die Notunterkunft, teilte die Bezirksregierung mit. Von Montag an könne die Halle dann wieder für den Schulsport genutzt werden.

Eine Sporthalle in **Minden-Haverstädt** (150 Plätze) bleibt »bis auf Weiteres«, so die Bezirksregierung, Notunterkunft für Flüchtlinge. Die Dreifachsporthalle wird von zwei Schulen genutzt, einer Real- und einer Grundschule. Für den Schulsport wechseln die Real- und die Grundschule, die

zusätzlich noch eine eigene Halle hat, kann vorläufig nur eingeschränkten Schulsport anbieten. Ganz auf Hallenzeiten in Haverstädt verzichten müssen vorläufig Betriebssportgruppen. Die übrigen betroffenen Vereine haben in mehreren Mindener Hallen Trainingszeiten zugewiesen bekommen, die jetzt von den Abteilungen geteilt werden müssen.

In **Rheda-Wiedenbrück** wurden gestern Abend 200 Flüchtlinge in der Sporthalle der Osterrath-Real- und Grundschule erwartet. Bürgermeister Theo Mettenborg (CDU) ist zuversichtlich: »Wir haben hier keine Krise, sondern wir begrüßen Gäste

in unserer Stadt.« Für den Sportunterricht und die Vereine würden Ersatzlösungen erarbeitet. Der Bürgermeister geht davon aus, dass die Halle bis zum 31. Dezember als Asylbewerberheim genutzt werden wird.

Zudem leben Flüchtlinge seit Ende Juli in zwei Turnhallen in **Gütersloh**, in den Stadtteilen Friedrichsdorf und Spexard. Die Kapazität liegt bei jeweils 200 Plätzen. »Diese Hallen werden aber nur für den Vereinssport genutzt, Schulen sind nicht betroffen«, sagt Moseke. Wie lange noch Flüchtlinge in den Sportstätten in OWL untergebracht werden und ob weitere Hallen hinzukommen, kann der Sprecher der Bezirksregierung nicht sagen. »Das ist mittelfristig nicht absehbar, da wir nicht genau wissen, wie sich die Flüchtlingszahlen entwickeln.«

Zudem entscheiden die Kommunen vor Ort über die Unterbringung – sofern es sich nicht um Landeseinrichtungen handelt. So hatte das Land zunächst die Großstädte um Amtshilfe bei der Flüchtlingsunterbringung gebeten. Es folgten die großen kreisangehörigen Städte wie Gütersloh und Minden, später die mittleren kreisangehörigen Kommunen wie Rheda-Wiedenbrück. Übrigens sind nicht nur viele Schulturnhallen betroffen. In Düsseldorf ziehen jetzt Flüchtlinge in die Sporthalle der Uni um.

## CDU fordert vom Land mehr Hilfe für Kommunen

Die CDU-Fraktion im Landtag wirft der Landesregierung vor, die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung zu überfordern. Das Land halte lediglich 9300 Regelunterbringungsplätze zur Erstaufnahme vor, kritisierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende André Kuper (Rietberg) gestern. Dadurch würden die Kommunen sowohl bei der Erstunterbringung, bei der sie das Land im Rahmen der Amtshilfe unterstützen, als auch bei der Schaffung von dauerhaften

Unterbringungsplätzen alleingelassen. Die CDU sprach sich für eine dezentrale Flüchtlingsunterbringung aus. Kuper warnte, dass die zahlreichen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsbetreuung nach dem Ende der Schulferien »nicht mehr ganz so intensiv tätig sein können«. Ausschließlich auf das Ehrenamt zu setzen, »wird auf Dauer nicht funktionieren«. Er warf Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor, lediglich »von Tag zu Tag in neue Flüchtlingszahlen hineinzustolpern«.